

FDP

**Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion: Nicole Morsblech,
MdL**

1. Finanzen / Beihilfe

Qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind die Grundlage für ein gutes Schul- und Bildungswesen. Für die Bildung müssen die besten Kräfte gewonnen werden. Deshalb wird sich die FDP für eine Verbesserung und Modifizierung der Verdienst und Aufstiegsmöglichkeiten einsetzen.

Die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen sind maßgeblich für die Ergebnisse des Bildungs- und Erziehungswesens. Diese überragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe verlangt nicht nur Respekt und Würdigung, sondern es müssen vielmehr auch Anreize geschaffen werden, um leistungswilligen und pädagogisch befähigten Personen den Weg in den Schuldienst attraktiv zu machen. Die Besoldung muss sich dabei an Qualifikation und Leistung orientieren. Eine Einheitsbesoldung lehnen wir ab. Stattdessen gehören Leistungsprämien in unseren Augen zu einem erfolgsorientierten System, damit erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer über ein Leistungsprämienystem weitere Anreize und Anerkennung erhalten.

2. Berufsbeamtentum

Der Beamtenstatus für Lehrer hat sich bewährt.

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums lassen Spielraum für dessen Fortentwicklung und Erneuerung. Dieser Prozess ist mit dem Beamtenstatusgesetz, dem neuen Dienstrecht in den Ländern und Kommunen nach der Föderalismusreform I nicht beendet.

Der von der Landesregierung begonnenen umfassenden Dienstrechtsreform wird die FDP ihr eigenes Gepräge geben. Die auf die Länder übergangene Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht werden wir dafür nutzen, ein moderneres, flexibleres, leistungsorientierteres und gerechteres Dienstrecht zu schaffen. Die entschiedene Stärkung des Leistungsgedankens und Effektivität hat für die FDP dabei Priorität.

3. Weiterbildung und Aufstieg/ Nachwuchsgewinnung

Berufsbegleitende Aufstiegsmöglichkeiten für die Lehrkräfte des gehobenen Dienstes in den höheren Dienst, die eng an fachliche Weiterbildung gekoppelt sind, sind elementare Bausteine der Attraktivität des Berufsbildes. Auch hinsichtlich der Besetzung von Funktionsstellen an den berufsbildenden Schulen und von Fachleiterstellen an den Studienseminaren muss es zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer kommen. Die berufsbildenden Schulen (BBS) im Land dürfen in diesen Bereichen nicht länger zurückstehen.

4. Unterrichtsausfall

Das Duale System der beruflichen Bildung in Deutschland ist ein international anerkanntes deutsches Markenzeichen, dessen Qualität davon abhängt, dass es mit den Anforderungen der Arbeitswelt Schritt halten kann. Eine gute Ausbildung ist die entscheidende Voraussetzung für einen sicheren Arbeitsplatz.

Die berufliche Bildung braucht hochqualifizierte und befähigte Lehrer. Der Lehrermangel an Berufsbildenden Schulen ist deshalb vorrangig zu beseitigen.

Lehramtsanwärter, die an Berufsbildenden Schulen eigenverantwortlich unterrichten, sollen attraktive Bezüge erhalten. Zur Sicherung des berufsfachlichen Personals werden damit Fachkräften aus der Wirtschaft Anreize geboten, um in die Berufsbildenden Schulen zu gehen.

Die Schulpolitik der SPD-geführten Landesregierung ließ angemessene und wertschätzende Bemühungen zur Verbesserung der Lehrerversorgung an den Berufsbildenden Schulen in den vergangenen fünf Jahren vermissen. Das Argument der bundesweit angespannten Nachwuchssituation auf dem Lehrerarbeitsmarkt kann nicht angeführt werden, wenn Rheinland-Pfalz bei der Schüler-Lehrer-Relation in der Berufsschule nur auf Platz 13 liegt.

Im Übrigen kann auch von einer „Einstellungspolitik auf hohem Niveau“, wie es Ministerin Ahnen nennt, nicht die Rede sein, wenn 26,7 Prozent der zu Beginn des

Schuljahres 2010/ 2011 eingestellten Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Schulen über keine volle Lehramtsqualifikation verfügten.

Die FDP-Landtagsfraktion hat im Rahmen der jüngsten Haushaltsberatungen erneut einen Antrag eingebracht, mit dem wir die Landesregierung aufgefordert haben, die Berufsbildenden Schulen nicht länger zu benachteiligen. Mit 5,9 Prozent ist hier weiterhin der höchste strukturelle Unterrichtsausfall aller Schularten zu beklagen. Deshalb müssen analog zur Ausweitung der Kapazitäten für die allgemeinbildenden Schulen zusätzliche Ausbildungsplätze an den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen geschaffen werden.

Dazu gehört auch unsere Forderung nach einem Konzept, wie die Ausbildungs- und Wettbewerbsbedingungen so verbessert werden können, dass sich künftig mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz für das Lehramt für Berufsbildende Schulen entscheiden.

5. Fachoberschule im Gebäude der Realschule plus

Die eingeleitete Schulstrukturreform lässt sich nicht zurücknehmen. Daher ist der Blick nach vorne zu richten. Die Probleme und Schwächen der Realschulen plus müssen jedoch gelöst werden.

Das Angebot einer Fachoberschule ist eine Schulform der Berufsbildenden Schule. Der Abschluss der Fachhochschulreife an der Realschule plus kann nur in Kooperation mit der Berufsbildenden Schule realisiert werden.

Auch die Einrichtung weiterer Fachoberschulen soll nach Absprache und in Kooperation mit betreffenden Berufsbildenden Schulen erfolgen.

Die von der zuständigen Ministerin zugesagte regionale Verträglichkeit ist in den Augen der FDP bei einer weiteren Ausdehnung von Fachoberschulen an Realschulen plus gefährdet, wenn bei insgesamt zurückgehenden Schülerzahlen zum Teil dieselben Angebote vorgehalten werden, wie an BBS'en, die sich in unmittelbarer Nähe befinden.

Auch die Frage nach den benötigten Lehrerstellen darf bei der Bewertung bezüglich der Einrichtung weiterer Fachoberschulen nicht unberücksichtigt bleiben. Eine weitere Belastung zu Ungunsten der Berufsbildenden Schulen kann unsere

Zustimmung nicht finden. Die Landesregierung bleibt deshalb aufgefordert, hierbei schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen und verstärkt den Kontakt zu BBS'en zu suchen, in deren Umgebung potentiell neue Fachoberschulen entstehen könnten.

6. Fachklassenbildung

Die Duale Ausbildung bildet gerade auch im ländlichen Raum eine Stütze der heimischen Wirtschaft und bietet den jungen Menschen eine berufliche Perspektive vor Ort.

Die FDP wird sich dafür einsetzen, Fachklassen in der Fläche zu erhalten. Auch zu diesem Zweck ist eine anforderungsgemäße Ausstattung an Lehrpersonal unabdingbar. Sinnvolle Kooperationen einzelner BBS-Standorte bleiben von diesen Überlegungen natürlich unberührt.

7. Berufsvorbereitungsjahr und Berufsfachschule / Sozialpädagogische Betreuung

Das von der Landesregierung viel umworbene Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ an der Realschule plus ist ein weiterer Beleg für die Ungleichbehandlung der Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Selbstverständlich ist nichts dagegen einzuwenden, Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss zu unterstützen und ihnen eine zusätzliche Möglichkeit zum Erwerb eines Schulabschlusses anzubieten. Es darf aber nicht übersehen werden, dass lediglich 3 Prozent aller Schulabbrecher in den Genuss dieser durch exklusive Rahmenbedingungen gekennzeichneten Maßnahme kommen. Die Übrigen gehen in das Berufsvorbereitungsjahr an den Berufsbildenden Schulen, welches nicht im Ansatz vergleichbare Bedingungen erhält.

Die FDP fordert, die Rahmenbedingungen des BVJ und der Berufsfachschule zu verbessern, um der gestellten Aufgabe gerecht werden zu können.

Ferner hat die FDP-Fraktion in dieser Wahlperiode mehrfach gefordert, dass endlich auch die Berufsbildenden Schulen am Ganztagsschulprogramm beteiligt werden müssen, damit sie insbesondere in den Berufsvorbereitungsklassen und den

Berufsfachschulen Förderbedürfnissen von lernschwächeren Schülern und solchen mit sozialen Problemen unter vergleichbaren Rahmenbedingungen Rechnung tragen können.

8. Lehrerarbeitszeit

Die neuen Anforderungen an Förderung, Elternkommunikation und Individualisierung im Unterricht verlangen mehr Möglichkeiten für eine Herabsetzung der Stundenverpflichtungen. Der demografische Wandel eröffnet hierfür die Möglichkeit.

9. Fortbildung

Weiterbildung für Lehrkräfte muss in einem angemessenen Umfang verbindlich werden. Dazu ist das Fort- und Weiterbildungsangebot entsprechend den fachlichen Anforderungen, den Wünschen der Lehrkräfte und dem schulischen Bedarf auszubauen und inhaltlich weiter zu entwickeln.

Fortbildungen sind zu evaluieren, damit Kosten für nicht hilfreiche Fortbildungsangebote vermieden werden.

Allen Schulen ist ein eigenes Budget zur Steigerung der Beratungs- und Fortbildungsqualität vor Ort zur Verfügung zu stellen.